

asmus und,, Zentren der schmachvollen Ausbeutung und Unterdrückung der Landarbeiter und werktätigen Bauern, mußten zerschlagen werden, damit sie nie wieder zum Ausgangspunkt einer neuen Kriegsvorbereitung und rücksichtslosen Unterdrückung der werktätigen Menschen werden konnten.

Wie sehr diese Forderung der Kommunistischen Partei Deutschlands den Interessen der Werktätigen auf dem Lande entsprach, bestätigte das immer stürmischer werdende Verlangen der Landarbeiter, Kleinbauern, Pächter und Umsiedler nach der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes.

Im August und September 1945 fanden in ganz Deutschland stark besuchte Versammlungen und Kundgebungen der werktätigen Bauern statt, in denen diese den sofortigen Erlaß von Gesetzen über eine demokratische Bodenreform und ihre Verwirklichung forderten. So stellte eine Kreiskonferenz der werktätigen Bauernschaft in Wittenberg (Sachsen-Anhalt) die Forderung:

„In dem neuen, freien und demokratischen Deutschland darf es keine Großgrundbesitzer und Junker mehr geben.

Die versammelten, Kleinbauern und Landarbeiter fordern daher die Enteignung des Großgrundbesitzes (über 100 ha) und die Bodenzuteilung an Kleinbauern und Landarbeiter. Ebenso ist mit dem Eigentum der aktiven Faschisten zu verfahren.“  
(„Tägliche Rundschau“ vom 5. 9. 1945.)

„Die steigende Flut der Briefe, Resolutionen und Delegationen von Bauern, Landarbeitern und Umsiedlern zeigte“, schreibt Genosse Walter Ulbricht in seinem Werk „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, „daß die Forderung des Aktionsprogramms der Kommunistischen Partei Deutschlands und das Versprechen der Sozialdemokraten betreffend Liquidierung und Aufteilung des Großgrundbesitzes die Massen ergriffen hatte.“ Es war höchste Zeit zum Handeln. Das Interesse der Zukunft der Nation, der Sicherung der Volksernährung, das Interesse der sozialen Gerechtigkeit erforderten ohne Aufschub die demokratische Bodenreform.

Die Forderung nach Durchführung der demokratischen Bodenreform wurde jedoch nicht nur von den Arbeitern, werktätigen Bauern und Umsiedlern erhoben, sondern auch von den fortschrittlichsten Kräften aus den Reihen des deutschen Bürgertums, der Intelligenz und von Vertretern der Kirche. So gab der Pfarrer Ritsch im Bezirk Brüel, Kreis Wismar, bei der Aufteilung einer Domäne seiner tiefen Freude Ausdruck, daß in so schwerer Zeit die sozialen Probleme unseres Volkes mit Konsequenz und mit einem solchen Mut angefaßt würden. Er sagte zu den neuen Bauern, „es sei ein heiliger Boden, der in ihre Hand gelegt würde, und er sei die Voraussetzung dafür, daß ihren Kindern eine glückliche Zukunft ermöglicht wird“. Solche Beispiele des Eintretens der Pfarrer für die Bodenreform gab es viele.

So kam es, daß in einer gemeinsamen Erklärung der im antifaschistisch-demokratischen Block vereinigten Parteien die Forderung nach einer schnellen und gründlichen Durchführung der Bodenreform erhoben wurde. Auf der Grundlage dieser Erklärung wurden dann in der ersten Septemberwoche 1945 von den einzelnen Landesverwaltungen im Gebiet der damaligen Ostzone und in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen der vier Siegermächte vom Juli 1945 die Verordnungen über die Durchführung der Bodenreform erlassen. Diese Verordnungen gaben der Aktion der Massen die gesetzliche Grundlage und sicherten ihren demokratischen Charakter.

Die Verkündung dieser Verordnungen rief bei den Werktätigen auf dem Lande Jubel und Begeisterung hervor. Es entstand eine so große Volksbewegung der Massen, wie sie in der deutschen Geschichte bis dahin nicht ihresgleichen fand.

Im September und Oktober 1945 wurden tausende Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform gebildet, denen Landarbeiter, landarme Bauern, Umsiedler, Kleinpächter und Arbeiter angehörten. Die Arbeiter aus der Stadt, an ihrer Spitze die Mitglieder der KPD und SPD, leisteten den werktätigen Bauern dabei eine große Hilfe. Sie unterstützten sie bei der Aufteilung des Bodens, beim Abriß der alten Guts-